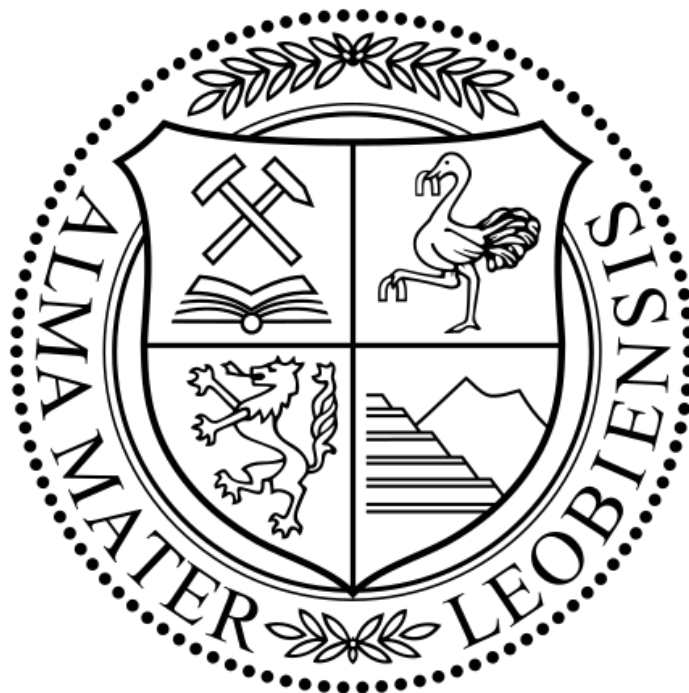


CSR - Projektrecherche

SDG 10: Weniger Ungleichheiten



Bearbeitet von: Karina Pözl & Nikolas Beulich

Delta Akademie Jahrgang 16/17

Leoben, den 13.09.2017

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen.....	3
1.1. Gesellschaftliche Entwicklungen und Trends in Österreich	3
1.2. Persönliche Einschätzung der Bedeutung des Ziels in Österreich.....	8
2. Umfeldanalyse.....	9
2.1. Relevanz.....	9
2.2. Organisationen	10
2.3. Innovationen	11
2.4. Kompetenzen.....	11
3. Unternehmensstrategie	12
Abbildungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis.....	14
Anhang A.....	15

1. Grundlagen

1.1. Gesellschaftliche Entwicklungen und Trends in Österreich

Soziale Ungleichheit wird meist in starkem Zusammenhang mit Armutsgefährdung betrachtet. Armutsgefährdung trifft laut EUROSTAT auf Personen zu, die unter 60% des Medianeinkommens eines Landes zur Verfügung haben. (Lorenz und Christl 2015)

In Österreich jedoch wird der Terminus „Armut“ umfassender gesehen. Neben Berücksichtigung der Armutsgefährdung nach EUROSTAT werden darunter auch die „materielle Deprivation“ und das „Leben in einem Haushalt mit niedriger oder keiner Erwerbsbeteiligung“ einbezogen. (Schmied und Oberzaucher 2005; Lorenz und Christl 2015)

Auf den Ausdruck „materielle Deprivation“ soll kurz eingegangen werden. Darunter versteht man Haushalte auf die mindestens drei der folgenden Dinge zutreffen (laut Lorenz und Christl 2015):

- „1. Der Haushalt kann unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.000 Euro nicht tätigen.*
- 2. Der Haushalt kann sich nicht leisten, einmal im Jahr Urlaub zu machen.*
- 3. Der Haushalt kann sich nicht leisten, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.*
- 4. Der Haushalt kann sich nicht leisten, Miete und Betriebskosten pünktlich zu zahlen oder Kredite fristgerecht zu bedienen.*
- 5. Der Haushalt kann sich den Erwerb und Betrieb eines PKW nicht leisten.*
- 6. Der Haushalt kann sich nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten.*
- 7. Der Haushalt kann sich den Ankauf eines Farbfernsehers nicht leisten.*
- 8. Der Haushalt kann sich ein Telefon oder ein Handy nicht leisten.*
- 9. Der Haushalt kann sich eine Waschmaschine nicht leisten.“*

In Österreich sind sowohl die Armutsgefährdung als auch die materielle Deprivation von 2008 bis 2015 kontinuierlich gefallen. Die Erwerbstätigkeit folgte im selben Zeitraum zwar keinem ähnlich beständigem Trend, allerdings ist sie in 2015 mit 82% höher gewesen als noch in 2008 mit 74%. (siehe Abbildung 1) Ihren Höchststand hatte sie 2014 mit 91% erreicht. (Gaulhofer 2016)

Nimmt man alle drei Einflussfaktoren zusammen, sind im Jahr 2016 18,3% der österreichischen Bevölkerung von Armut betroffen gewesen. (Gaulhofer 2016) 2008 lag dieser Wert noch bei 20,6%. (Hirsch 2016)

All diese Trends zeigen, dass die Maßnahmen, die in Österreich zur Armutsbekämpfung gesetzt wurden, wie zum Beispiel die Umverteilung, funktionieren dürften. Auf jeden Fall ist Österreich am besten Weg, die von der EU gesetzten Vorgabe bis 2020 zu erreichen. (Gaulhofer 2016)

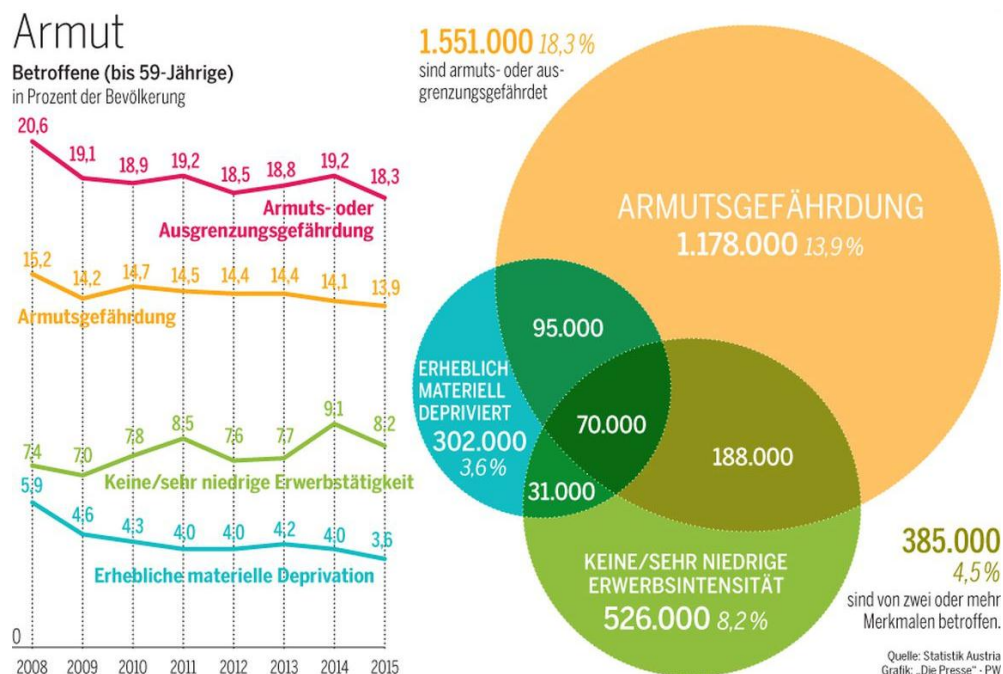


Abbildung 1: Armut in Österreich. (Gaulhofer 2016)

Um die wahre Kaufkraft einer Person in Österreich zu ermitteln, ist es wesentlich Armut in Kontext zu setzen. Ein solcher Zusammenhang kann mit einem jahresübergreifenden Vergleich zwischen der Armutsgefährdungsgrenze und dem Verbraucherpreisindex dargestellt werden. Abbildung 2 zeigt, dass sich ein armutsgefährdeter Mensch 2015 um ein Viertel mehr leisten konnte wie er noch in 1999. (Lorenz und Christl 2015) Auch dies ist ein Indikator für einen Trend zu geringerer Armut in Österreich.

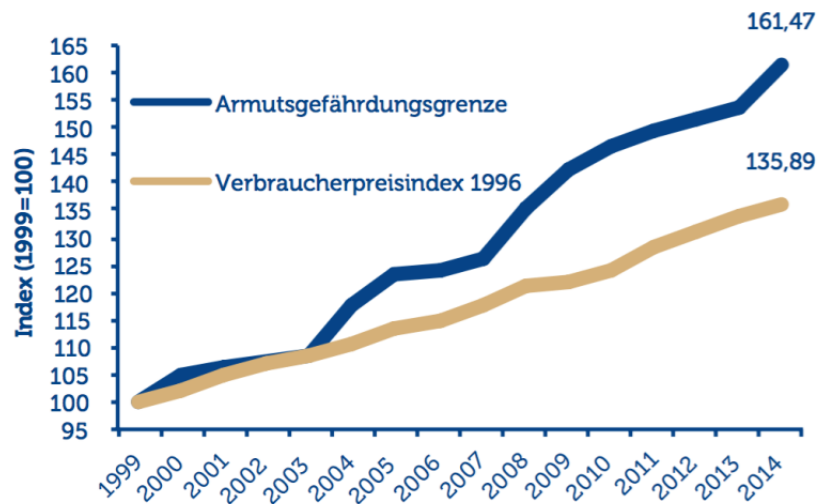


Abbildung 2: Entwicklung der Armutgefährdungsgrenze und der Inflation in Österreich. (Lorenz und Christl 2015)

Bezieht man sich bei sozialer Ungleichheit nicht auf die Armut, sondern auf die Einkommensverteilung in Österreich, so zeigt sich ein statischeres Bild. (siehe Abbildung 3) Das effektiv vorhandene Haushaltseinkommen nach bezogenen Transferleistungen wie Kinderbeihilfe etc. gibt wider, dass die Ungleichheit seit 2010 mehr oder weniger konstant geblieben ist. (Lorenz und Christl 2015)

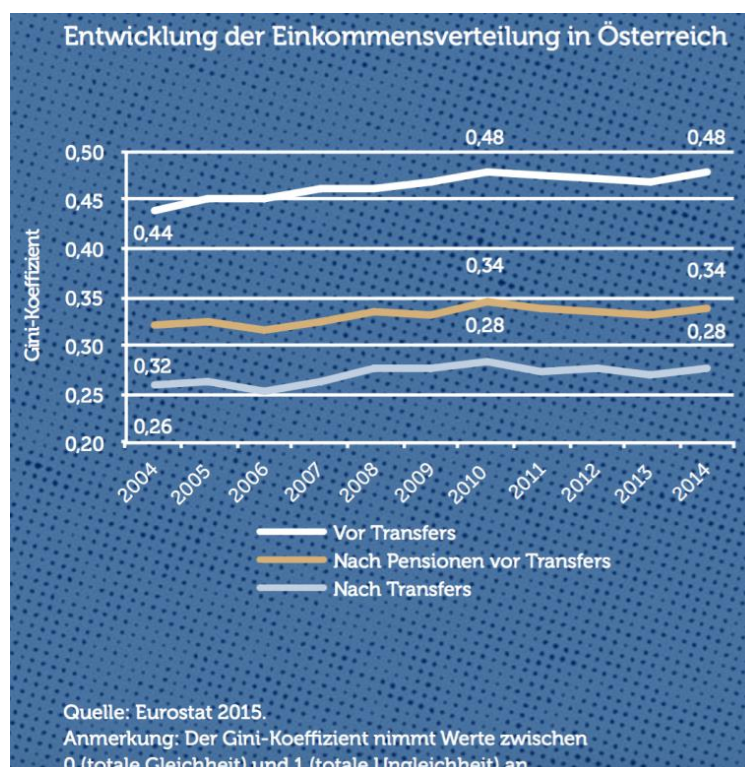


Abbildung 3: Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich. (Lorenz und Christl 2015)

Es gibt mehrere Faktoren, welche die Ungleichheit, gemessen an der Einkommensverteilung, beeinflussen: (Lorenz und Christl 2015)

1. **Alternde Bevölkerung**

Die Anzahl an Pensionsbeziehern, die auf 100 Erwerbsfähige kommen, nimmt stetig zu. 1990 waren es 20, 2015 bereits 27 und 2030 werden es voraussichtlich 37 Personen sein. Da es mit dem Austritt aus dem Berufsleben zu einem Übergang von der einkommensstärksten Lebensphase eines Menschen zu einer einkommenschwächeren kommt, trägt ein hoher Anteil an Pensionsbeziehern zu einem größeren Maß einer ungleichen Einkommensverteilung bei.

2. **Teilzeitarbeit**

In Österreich herrscht weiterhin der Trend der Teilzeitarbeit vor, wobei zu erwähnen ist, dass diese zu 91% freiwillig gewählt wird. Da allerdings der Verdienst von Teilzeitarbeitern/-angestellten durch eine nur 50% Beschäftigung nicht das Medianeinkommen erreicht, sinkt der Medianlohn. Eine Rolle spielt der vorhergehende Arbeitsstatus einer Person: Wechselt man von Erwerbslosigkeit in Teilzeit steigt das Haushaltseinkommen und sinkt der Medianlohn, wechselt man von Vollzeit auf Teilzeit sinken beide.

3. **Bildung**

Die Zu- und Abwanderung von Menschen mit unterschiedlichen Bildungsgraden, mit denen in der Regel eine unterschiedlich bemessene Entlohnung verbunden ist, hat einen Einfluss auf die Einkommensungleichheit in Österreich. Eine Abwanderung von hochqualifizierten Personen und eine Zuwanderung von niedriggebildeten Menschen lässt die Ungleichheit sinken, bei Zuwanderung von Menschen mit hohem Bildungsgrad und Abwanderung von Personen mit niedrigem steigt die Ungleichheit. (Lorenz und Christl 2015)

Ein eindeutiger Unterschied in der Bildung zwischen Österreichern, Bürgern aus anderen EU Staaten, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien ist aus den Daten der österreichischen Volkszählung abzuleiten (Bacher 2005): Ganz vorne stehen die EU Bürger, welche 49% ihrer Kinder in eine AHS Unterstufe schicken, dann folgen die Österreicher mit 30% und sonstige Staaten mit 38%. Kinder mit einem „jugoslawischen“ Pass gehen allerdings nur zu 14% in die AHS Unterstufe, bei Schülern mit türkischer Staatszugehörigkeit sind es gar nur 7%. Ein ähnlicher Trend ist auch bei einer Erhebung der Statistik Austria aus dem Jahre 2011 ersichtlich. (siehe Abbildung 4)

Dies schlägt sich auch in der Statistik bezüglich Armut in Österreich wieder, welche zeigt dass 40/46% der Migranten (EU-Staaten/von außerhalb Europas) darunter leiden. (Gaulhofer 2016)

Indikator 5	Bildungsstand der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung 2011 nach Migrationshintergrund									
	Bevölkerung insgesamt	Kein Migrations- hintergrund	Mit Migrationshintergrund							
Insgesamt			Erste Generation	Zweite Generation	EU/EWR/ Schweiz	Ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)	Türkei	Sonstige Staaten		
Insgesamt abs. (in 1.000)	4.657,5	3.700,2	957,3	856,0	101,4	334,3	320,8	154,3	147,9	
Pflichtschule	16,2%	12,5%	30,6%	31,6%	22,2%	10,6%	37,4%	66,8%	23,3%	
Lehra, BMS	53,6%	58,5%	34,7%	32,8%	51,3%	40,2%	42,8%	23,2%	16,9%	
AHS, BHS, Kolleg	15,3%	14,6%	18,1%	18,5%	14,9%	23,8%	14,9%	6,1%	24,5%	
Universität, FH, Akademien ^a	14,8%	14,4%	16,6%	17,2%	11,6%	25,4%	4,9%	(3,9%)	35,3%	
Männer abs. (in 1.000)	2.317,3	1.861,1	456,2	404,0	52,2	149,2	155,9	80,8	70,3	
Pflichtschule	11,9%	8,4%	26,3%	27,4%	18,0%	8,0%	29,2%	60,2%	19,9%	
Lehra, BMS	59,0%	63,4%	41,0%	39,4%	53,5%	45,7%	53,0%	29,8%	17,4%	
AHS, BHS, Kolleg	14,9%	14,6%	16,3%	16,1%	17,4%	20,2%	13,9%	(6,6%)	24,3%	
Universität, FH, Akademien ^a	14,1%	13,6%	16,4%	17,1%	(11,1%)	26,1%	3,9%	(3,3%)	38,4%	
Frauen abs. (in 1.000)	2.340,3	1.839,1	501,1	451,9	49,2	185,1	164,9	73,5	77,6	
Pflichtschule	20,5%	16,6%	34,5%	35,3%	26,7%	12,6%	45,1%	74,1%	26,4%	
Lehra, BMS	48,3%	53,6%	29,0%	26,8%	48,9%	35,8%	33,2%	15,9%	16,4%	
AHS, BHS, Kolleg	15,8%	14,7%	19,7%	20,5%	(12,2%)	26,7%	15,9%	(5,5%)	24,7%	
Universität, FH, Akademien ^a	15,5%	15,1%	16,8%	17,3%	(12,2%)	24,9%	5,9%	(4,5%)	32,5%	

Abbildung 4: Bildungsstand unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds und des Geschlechts. Quelle Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (größer in Anhang A)

Da aber auch 28% der Pflichtschulabgänger in Österreich von Armut betroffen sind, ist es auch wichtig die anderen Einflussfaktoren auf die Bildung zu kennen. (Gaulhofer 2016)

Bei den Bildungschancen von österreichischen Kindern spielen vor allem die Bildung, der Beruf und das Einkommen der Eltern eine große Rolle. Die Österreichische Volkszählung (Bauer, 2005) zeigte, dass 77% der Kinder von Akademikern die AHS Unterstufe besuchen, wohingegen nur 12% der Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss erreicht hatten, in eine solche Schule gehen. Nicht ganz so drastisch, aber dennoch mit eindeutiger Tendenz verhält es sich, betrachtet man den Beruf der Eltern: 40% der Kinder von Beamten oder Angestellten besuchen die AHS Unterstufe, aus Arbeiterfamilien sind es gerade mal 12%. (Bacher 2005)

Die Bildungschancen sind des Weiteren in Bezug auf das Geschlecht des Kindes und den Wohnort der Familie hin zu beurteilen. Beim Geschlecht scheint es sich so zu verhalten, dass Mädchen in Österreich in der Regel höhere Schulabschlüsse erzielen, obwohl dieser Unterschied nur sehr schwach ausgeprägt ist. (Abbildung 4) Der Wohnort der Familien spielt insofern eine Rolle, als dass höhere Schulen in ländlichen Gebieten nicht in solcher Menge zur Verfügung stehen wie in urbanen Regionen. So ist es nicht verwunderlich, dass nur 9% der Kinder aus ländlichen Gemeinden eine AHS Unterstufe besuchen, wohingegen es in Wien zum Beispiel ganze 47% sind. (Bacher 2005)

4. Kleinere Haushalte

Positiv zu sehen ist, dass sich immer mehr Menschen, zum Beispiel Studenten, eine eigene Wohnung leisten können. Allerdings fallen dadurch Kostenvorteile, welche große Haushalte besitzen, weg, was sich wiederum auf die Ungleichheit auswirkt. Obwohl diese Entwicklung ganz klar auf einen allgemein höheren Wohlstand schließen lässt, lässt sie die Ungleichheit ansteigen. (Lorenz und Christl 2015)

5. Migration

Hier spielen zwei Effekte in die Ungleichheit hinein. Der erste befasst sich mit dem in der Regel geringeren Bildungsstandard der Zuwanderer, welcher wie bereits in Punkt 3 erläutert die Ungleichheit beeinflusst. Der zweite Effekt befasst sich mit der „Überschwemmung“ des Arbeitsmarktes mit niedrigqualifizierten Personal. Dadurch kommt es **relativ gesehen zu einem geringeren Angebot an höherqualifiziertem Personal**, welches **als Folge dessen besser entlohnt wird**. Die Ungleichheit steigt. (Lorenz und Christl 2015)

1.2. Persönliche Einschätzung der Bedeutung des Ziels in Österreich

In den Wahlprogrammen sämtlicher **Parteien, welche zur Nationalratswahl 2017** antreten, ist die **Thematik der sozialen Ungleichheit** vertreten. Da sich Wahlprogramme im Allgemeinen nach den empfundenen Bedürfnissen der Wähler richten, kann davon ausgegangen werden, dass soziale Ungleichheit oder vielmehr die Lösung dieser Problematik in Österreich Bedeutung hat.

2. Umfeldanalyse

2.1. Relevanz

Allgemein betrachtet, wirken sich nicht alle unten aufgeführten Unterziele des SDG auf österreichische Unternehmen aus.

„SDG 10 Unterziele:

- *Mehr Einkommen für die ärmste Bevölkerung*
- *Selbstbestimmung & Inklusion*
- *Chancengleichheit*
- *Gerechte Steuern*
- *Löhne & sozialer Schutz*
- *Finanzmärkte besser regulieren*
- *Mehr Mitsprache für Entwicklungsländer*
- *Verantwortungsvolle Migrationspolitik*
- *Entwicklungsländer differenziert behandeln*
- *Entwicklungshilfe zielgerichtet einsetzen*
- *Gebühren für Auslandsüberweisungen senken“ (Alumniportal-Deutschland)*

Auf Grund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage, kommen dabei **folgende relevante Themen zur Diskussion**: die **Migrationspolitik**, die **Chancengleichheit**, sowie die **Anpassung von Löhnen und Sozialstrukturen**. Um Ungleichheiten in den genannten Bereichen auszugleichen, sind zugleich **viele Kompromisse** einzugehen. Gerade in stark verwurzelten Großkonzernen können solche Kompromisse und Entscheidungen zu langwierigen Diskussionen ausarten. Das geht einher mit einem immensen Zeitaufwand, welcher für solche Anpassungen notwendig werden würde. Lohnstrukturen beispielsweise, können somit eigentlich nur durch politische Umsetzungen realisiert werden, da sonst für einzelne Unternehmen ein Wettbewerbsnachteil entstehen würde. Auch ist die Subvention des Staates für die Einstellung von Arbeitern mit Migrationshintergrund zu klären, da hierbei für das Unternehmen ein deutlich höherer Aufwand für Einarbeitung und Ausbildung in Kauf genommen werden muss. Sektionsbezogen sind Ungleichheiten in urbanen Regionen stärker wahrzunehmen, da hier die höheren Lebenserhaltungskosten auch Auswirkungen auf das alltägliche Leben und den Verdienst haben. Dabei liegt das Extremum in Wien, wo auch die höchsten Herausforderungen bzgl. Migration zu finden sind.

2.2. Organisationen

Als führende Organisation, die das SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ in Österreich umsetzen, kann vor allem die österreichische Regierung mit den zugehörigen Ministerien genannt werden. Als Beispiel dazu kann das Bundesamt für Umwelt herangezogen werden:

*„Ziel 10: Weniger Ungleichheiten. Ein Subziel widmet sich der internationalen Zusammenarbeit. Durch den **Leitfaden „Umwelt und Entwicklung“** (BMEIA & BMLFUW 2009) und die Strategie Österreichs zur internationalen Klimafinanzierung wurden bereits Beiträge dazu geleistet. In Österreich ist laut Beschluss des Ministerrats vom Jänner 2016 jedes Ressort in seinem Zuständigkeitsbereich für die Umsetzung verantwortlich. **Ein integrativer Zugang, wie er in den Sustainable Development Goals vorgesehen ist, ist noch zu etablieren.**“ (Umweltbundesamt)*

Weitere Unternehmen, welche auch als Umsetzungspioniere von SDG's in Österreich gelten, sind unter anderem **Whatchando und Atempo**:

„Whatchado ist ein Handbuch für Lebensgeschichten (...) Wir haben unsere erste Website 2011 mit nur 17 Videos gestartet. Mittlerweile haben wir mehr als 5.000 Geschichten gesammelt. Mit dabei sind mehr als 200 ArbeitgeberInnen. Durch die Verknüpfung von ArbeitgeberInnen mit ArbeitnehmerInnen können Potenziale ideal genutzt und die jeweiligen Bedürfnisse bestmöglich befriedigt werden. Dies führt zu zufriedenen ArbeitnehmerInnen, was wiederum Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum (SDG 8) ist. Soziale Ungleichheiten werden dadurch abgebaut (SDG 10) „ (Respect)

„Der Inklusion verschrieben hat sich atempo. Um Menschen mit Leseschwäche den Zugang zu Informationen zu erleichtern (...) Durch den vereinfachten Zugang zu Informationen werden Ungleichheiten abgebaut (SDG 10) und hochwertige Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung geschaffen (SDG 4). „ (Respect)

Daneben nehmen auch große österreichische Unternehmen Bezug zum SDG 10, wobei sich dabei auch der Hauptfokus auf Umwelt und Chancengleichheit konzentriert:

„Diversität nimmt neben Umwelt einen zentralen Stellenwert in der Nachhaltigkeitsstrategie der Erste Group ein. Bereits im Gründungsdokument aus dem Jahr 1819 wurde festgelegt: „Kein Alter, kein Geschlecht, kein Stand, keine Nation ist von den Vorteilen ausgeschlossen, welche die Sparkasse jedem Sparer anbietet.“ (Respect)

„Auch bei der Telekom Austria spielt Chancengleichheit eine wichtige Rolle. Insbesondere wird bei der Telekom Austria versucht den Frauenanteil insgesamt und in Führungspositionen zu vergrößern. Durch Förderungsprogramme, flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsini-

tiativen wurde der Frauenanteil in der Gruppe auf 38% und in Führungspositionen auf 35% gesteigert“ (Respect)

2.3. Innovationen

Die zukünftige Entwicklung des SDG in Österreich soll am Beispiel der Migrationspolitik aufgezeigt werden. Dabei wird auch in Zukunft die Zuwanderung den Prognosen zufolge die Bevölkerungsentwicklung Österreichs bestimmen. Unter Fortschreibung ähnlicher Niveaus der Zuwanderung und der Geburtenzahlen könnte die Bevölkerung Österreichs in den kommenden 20 Jahren um rund 8 Prozent auf 9 Millionen Einwohner zunehmen. *„Integrationspolitik ist im Idealfall ein umfassender Ansatz, der auf die Stärkung der gesellschaftlichen, sprachlichen, schulischen, wirtschaftlichen und politischen Integration von Menschen abzielt.“* (Zukunfteuropa) Integration betrifft alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche und ist somit eine echte Querschnittsmaterie. In Österreich wurden von Bund, Ländern und Sozialpartnern ein "Nationaler Aktionsplan für Integration" mit konkreten Integrationskriterien entwickelt. Ein wichtiger Punkt dieses Aktionsplanes sind Kenntnisse der deutschen Sprache als künftige Voraussetzung für dauerhafte Zuwanderung. Der **Nationaler Aktionsplan** sieht Indikatoren für die folgenden Bereiche vor: **Sprache & Bildung, Arbeit & Beruf, Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Wohnen und räumlicher Kontext.** *„Auch das Statistische Jahrbuch für Migration und Integration 2010 enthält erstmals 25 definierte Indikatoren zur Beurteilung von Integrationsprozessen.“* (Zukunfteuropa) Generell betrachtet spiegelt die demografische und kulturelle Entwicklung Österreichs auch die ideale politische Stoßrichtung wieder, die in ausgewählten Bereichen bereits implementiert ist oder sich in der Umsetzungsphase befindet. Eine genaue Umsetzung und Reaktion der österreichischen Unternehmen zu der Migrationspolitik oder deren Auswirkungen konnten im Rahmen der Recherche nicht aufgefunden werden. (Europäische Kommission; Österreichischer Integrationsfonds; Eurofund; Bundeszentrale für politische Bildung; Statistik Austria)

2.4. Kompetenzen

Die Kompetenzen hinsichtlich der oben aufgeführten Unternehmen lassen sich auf die folgenden zusammenfassen: Politische Vorbildrolle, Inhaltvermittlung durch Arbeitnehmer / -innen über Mediaplattform, Personalpolitik in Unternehmen.

Dabei ist für den Staat Österreich natürlich die Politik als „Massenkommunikationsmedium“ mit der größten medialen Reichweite zu beschreiben. Durch die Umsetzung von SDG's in staatlicher Hand, die bei Bedarf auch subventioniert werden können, sind größere und vor allem wirtschaftsunabhängige Projekte möglich. Dies dient als Vorbild für andere Länder (was einem Imagevorteil entspricht) und als Vorreiterrolle gegenüber wirtschaftlich orientierten Unternehmen und Organisationen. Einerseits soll das dazu beitragen, die globalen Ziele zu erreichen und andererseits auch die Verbreitung der SDG's in Österreich zu fördern. Im Gegensatz dazu nutzen Firmen eher einfache und kostengünstigere Wege um CSR Projekte in den Unternehmen zu etablieren. Recht einfach ist dabei auch der Umsetzung einer adaptierten Personalpolitik, da dabei keine Investitionskosten notwendig werden, sondern lediglich die Strategie geändert werden muss. Weitere Motivation zur Implementierung von SDG's in Österreich kann zum Beispiel auch über Medienportale im Internet erfolgen. Dabei sind aber vor allem die Reichweite und die angesprochene Personengruppe zu betrachten. Maximale Effektivität kann hier langfristig wohl auch nur über international führende Portale erreicht werden.

3. Unternehmensstrategie

Die drei wohl **wichtigsten Stakeholdergruppen** bei Erreichung des SDG10 sind, wie bereits erwähnt, die **Regierung aber auch das Management der Konzerne** sowie deren Mitarbeiter. Die Regierung muss dabei ein solides Konzept der Entlohnung, des Steuersystems und der Einstellungsmaßnahmen für Ausländer und Frauen vorgeben. Die Rolle des Managements ist es, bereits vorgreifend für eine faire Entlohnung, eine ausgeglichene Einstellungspolitik und das Angebot von Fortbildungsprogrammen für weniger gebildete Mitarbeiter zu sorgen und diese in Ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Verantwortung der Mitarbeiter liegt darin, diese **Weiterbildungsmaßnahmen als Chancen zu erkennen** und anzunehmen. Dieses Verhalten kann vom Management wiederum ermutigt werden, zum Beispiel in Form von monetären Anreizen wie Boni oder innerbetrieblicher Anerkennung bei Abschluss eines Kurses oder einer Ausbildung. Des Weiteren wird von den Mitarbeitern erwartet, fair miteinander umzugehen um soziale Spannungen und Abgrenzungen zu verhindern.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Armut in Österreich. (Gaulhofer 2016).....	4
Abbildung 2: Entwicklung der Armutsgefährdungsgrenze und der Inflation in Österreich. (Lorenz und Christl 2015)	5
Abbildung 3: Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich. (Lorenz und Christl 2015)	5
Abbildung 4: Bildungsstand unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds und des Geschlechts. Quelle Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung	7

Literaturverzeichnis

- Alumniportal-Deutschland: Sdg-10-Ungleichheiten. Online verfügbar unter <https://www.alumniportal-deutschland.org/global-goals/sdg-10-ungleichheiten/>.
- Bacher, Johann (2005): Soziale Ungleichheit, Schullaufbahn und Testleistungen 2005, 2005. Online verfügbar unter http://www.jku.at/soz/content/e94921/e95831/e96904/e97470/BacherBildungsungleichheitsterreich_ger.pdf.
- Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.html.
- Eurofund. Online verfügbar unter <https://www.eurofound.europa.eu/de>.
- Europäische Kommission. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/index_de.
- Gaulhofer, Karl (2016): Die Armut ist in Österreich auf dem Rückzug. Online verfügbar unter <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4967639/Die-Armut-ist-in-Oesterreich-auf-dem-Rueckzug>, zuletzt aktualisiert am 15.04.2016.
- Hirsch, Martin (2016). Hg. v. APA/Statistik Austria. Online verfügbar unter <https://www.trend.at/wirtschaft/armutsgefaehrdung-oesterreich-6317476>.
- Lorenz, Hanno; Christl, Michael (2015): Von Armut, Ungleichheit und Verteilung. Hg. v. Agenda Austria. Wien, Wien (Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung). Online verfügbar unter <https://www.agenda-austria.at/publication/armut-ungleichheit-verteilung-handbuch/>.
- Österreichischer Integrationsfonds. Online verfügbar unter <http://www.integrationsfonds.at/startseite/>.
- Respect: Website. Online verfügbar unter <https://www.respect.at/site/themen/sdgs/article/7082.html>.
- Schmied, Gabriela; Oberzaucher, Nicola (2005): Forum Nachhaltigkeit. Soziale und Gesundheitliche Ungleichheiten. European Centre for social welfare policy and research. Online verfügbar unter https://www.nachhaltigkeit.at/assets/customer/Downloads/Strategie/Modul_205_Soziale_20Ungleichheiten_20und_20Gesundheit_NNtrends.pdf.
- Statistik Austria. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/>.
- umweltbundesamt: UKB16_17Nachhaltigkeit. Online verfügbar unter http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltkontrolle/2016/ukb16_17_nachhaltigkeit.pdf.
- Zukunfteuropa: SDG. Online verfügbar unter <http://www.zukunfteuropa.at/site/7216/default.aspx>.

Anhang A

Indikator	Bildungsstand der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung 2011 nach Migrationshintergrund												
	Bevölkerung insgesamt					Mit Migrationshintergrund							
5	Kein Migrationshintergrund		Insgesamt			Erste Generation		Zweite Generation		Ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)		Türkei	Sonstige Staaten
	Insgesamt	in 1.000	Insgesamt	in 1.000	in %	Insgesamt	in 1.000	in %	Insgesamt	in 1.000	in %	in %	in 1.000
Insgesamt abs. (in 1.000)	4.657,5	3.700,2	957,3	856,0	101,4	334,3	320,8	154,3	147,9				
Pflichtschule	16,2%	12,5%	30,6%	31,6%	22,2%	10,6%	37,4%	66,8%	23,3%				
Lehre, BMS	53,6%	58,5%	34,7%	32,8%	51,3%	40,2%	42,8%	23,2%	16,9%				
AHS, BHS, Kolleg	15,3%	14,6%	18,1%	18,5%	14,9%	23,8%	14,9%	6,1%	24,5%				
Universität, FH, Akademien ^B	14,8%	14,4%	16,6%	17,2%	11,6%	25,4%	4,9%	(3,9%)	35,3%				
Männer abs. (in 1.000)	2.317,3	1.861,1	456,2	404,0	52,2	149,2	155,9	80,8	70,3				
Pflichtschule	11,9%	8,4%	26,3%	27,4%	18,0%	8,0%	29,2%	60,2%	19,9%				
Lehre, BMS	59,0%	63,4%	41,0%	39,4%	53,5%	45,7%	53,0%	29,8%	17,4%				
AHS, BHS, Kolleg	14,9%	14,6%	16,3%	16,1%	17,4%	20,2%	13,9%	(6,6%)	24,3%				
Universität, FH, Akademien ^B	14,1%	13,6%	16,4%	17,1%	(11,1%)	26,1%	3,9%	(3,3%)	38,4%				
Frauen abs. (in 1.000)	2.340,3	1.839,1	501,1	451,9	49,2	185,1	164,9	73,5	77,6				
Pflichtschule	20,5%	16,6%	34,5%	35,3%	26,7%	12,6%	45,1%	74,1%	26,4%				
Lehre, BMS	48,3%	53,6%	29,0%	26,8%	48,9%	35,8%	33,2%	15,9%	16,4%				
AHS, BHS, Kolleg	15,8%	14,7%	19,7%	20,5%	(12,2%)	26,7%	15,9%	(5,5%)	24,7%				
Universität, FH, Akademien ^B	15,5%	15,1%	16,8%	17,3%	(12,2%)	24,9%	5,9%	(4,5%)	32,5%				